

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationaler Menschenrechtsschutz
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 30. Oktober 2017 / YB
VL MRIG

Per Mail an cordelia.ehrich@bj.admin.ch

Bundesgesetz über die Unterstützung der nationalen Menschenrechtsinstitution Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

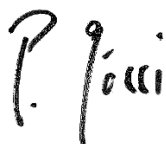
FDP.Die Liberalen lehnt das Bundesgesetz über eine nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) ab. Die FDP bekennt sich unzweifelhaft zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, die einen zentralen Pfeiler unserer Verfassung, unserer Gesellschaft und auch unserer Aussenpolitik darstellen. Jedoch ist aus dem erläuternden Bericht nicht klar ersichtlich, worin konkret der Mehrwert dieser Institution für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes liegt. Tatsächlich streicht der Bericht vor allem „Image“-Gründe hervor, die für die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution sprechen. Ausschlaggebend für die Reputation der Schweiz ist aber nicht das blosse Vorhandensein einer Institution, sondern die tatsächlich vorherrschende Menschenrechtssituation. Der Menschenrechtsschutz steht und fällt mit dem Rechtsstaat und nicht mit einer Menschenrechtsinstitution.

Die FDP hält die Menschenrechte hoch: Freiheits- und Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaat sind unantastbar. Der Menschenrechtsschutz ist in der Schweiz nicht nur durch die unabhängige Justiz, sondern auch durch die Europäische Menschenrechtskonvention und der damit verbundenen Möglichkeit, seine Rechte letztinstanzlich in Strassburg einzufordern, gewährleistet. Die geringe Anzahl von negativen Urteilen des EGMR gegen die Schweiz unterstreicht den hohen Menschenrechtsstandard in unserem Land. Eine nationale Menschenrechtsinstitution würde an der Menschenrechtssituation im In- und Ausland nichts ändern, zumal Kompetenzen in der Verwaltung und an den Universitäten bereits vorhanden sind. Zudem ist zu befürchten, dass nach Annahme der Vorlage bald schon die Forderung nach einem finanziell höher dotierten Institut aufkommen wird.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin

Samuel Lanz